

2018 wird das Schicksalsjahr für die EU, den Euro und unser Geldsystem.

Von Matthias Weik und Marc Friedrich / Gastautoren, 29. December 2017 Aktualisiert: 5. Januar 2018 21:02
<http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/crashpropheten-weik-friedrich-2018-wird-das-schicksalsjahr-fuer-die-eu-den-euro-und-unser-geldsystem-a2307763.html>

Es wird nicht besser - aber definitiv spannender, erklären Matthias Weik & Marc Friedrich in ihrem Jahresausblick für 2018.

Deutschland steht da ohne richtige Regierung aber mit realitätsfernen Politdarstellern und es nähert sich das Ende der Ära Merkel.



Nach der enormen Resonanz auf unseren [Ausblick 2017](#) und die erschreckend vielen eingetroffenen Prognosen unsererseits (Bitcoin, Wahlausgänge und Erstarken der extremen politischen Parteien, vor allem in Europa und das Ende der Ära Merkel), möchten wir Ihnen einerseits einen Überblick der aktuellen Lage verschaffen und andererseits unsere Prognosen für 2018 präsentieren.

Vorab: Es wird nicht besser – aber definitiv spannender.

Egal ob Deutschland, Europa, Asien, USA, Afrika oder die Europäische Zentralbank (EZB) – es hat den Anschein, dass die Welt offensichtlich verrücktspielt.

Mehr denn je plündern internationale Konzerne Länder, ja ganze Kontinente aus, zahlen kaum Steuern, während die Mittelschicht gnadenlos abkassiert wird.

Es wird gezündelt, Geld gedruckt und die politischen Eliten geben ein Bild dar, welches oftmals an Peinlichkeit, Weltfremdheit und Inkompetenz nicht mehr zu überbieten ist.

In Deutschland sondiert man seit Monaten und steht trotzdem immer noch ohne Regierung da.

Obendrein befinden wir uns mitten im Zeitalter der Industrie 4.0 und der Digitalisierung, welche große Teile der Politik komplett unterschätzen oder schlimmer noch, nicht wahrhaben wollen.

Diese Weltfremdheit wird sich bald bitter rächen.

Deutschland – Industrie 4.0 und Digitalisierung – die Politik hat keine Antworten

Früher erlebte man in seinem Leben eine Welt – heute sind es drei, vier vielleicht sogar fünf Welten in einem Leben. Uns allen sollte bewusst sein, dass wir uns bereits mitten in der nächsten großen Industrialisierung – der Digitalisierung – befinden.

Eine Industrialisierung, welche ebenso extreme Auswirkungen auf unser Leben haben wird, wie die vor knapp 250 Jahren.

“Google, PayPal, Amazon, Facebook, WhatsApp, Uber, Carsharing sind erst der Anfang und die künstliche Intelligenz und selbstlernende Computer das nächste ganz große Ding.“

Das IBM-Computersystem Watson – ein Computerprogramm aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz – versteht die menschliche Sprache, lernt durch Interaktion, analysiert die Daten und liefert Antworten für bessere Ergebnisse. Programme wie Watson ziehen aus sehr großen Datenmengen ihre eigenen Schlüsse.

Die künstliche Intelligenz ist im echten Leben angekommen: Heute lösen Algorithmen bereits Computerprobleme, suchen und finden Tumore, sind im Investmentbanking nicht mehr wegzudenken... Sie lernen kontinuierlich mit unvorstellbarer Geschwindigkeit dazu. Kein Mensch kann da mehr mithalten.

Wir werden fast alle arbeitslos!

Die Industrie 4.0 und die Digitalisierung wird unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt komplett auf den Kopf stellen und für viele Menschen zu kaum vorstellbaren Veränderungen führen.

Bereits heute ist in unserer globalisierten Welt Humankapital (Arbeitskräfte) im Überfluss vorhanden.

Es herrscht global ein massives Überangebot, insbesondere an ungelerten, niedrig- und mittelqualifizierten Arbeitskräften.

Obendrein werden in Zukunft sehr viele Menschen ihre Arbeit auf Grund der Digitalisierung verlieren.

Selbstredend werden auch neue Jobs entstehen, aber zumeist nicht für die Personen, welche ihre Arbeit verloren haben, sondern für immer höher qualifizierte Experten.

Die UN, der IWF und das WEF gehen davon aus, dass in Zukunft **40 bis 75 Prozent der Arbeitsplätze** obsolet werden.

Insbesondere Jobs von unqualifizierten und niedrig Qualifizierten werden in großem Stil wegfallen, aber auch vor höher Qualifizierten Jobs wird die Digitalisierung keinen Halt machen.

Egal ob Fabrikarbeiter, Servicepersonal, Einzelhandelskaufmann, Bauarbeiter, Bus-, Taxifahrer, Innendienstler, Anwalt, Manager, Banker- oder Investmentbanker, Arzt, überall sind die Maschinen unaufhaltsam auf dem Vormarsch.

Warum werden nicht wie früher jede Menge neue Jobs entstehen?

Weil heute keine neuen Märkte mehr erschlossen werden, sondern die bestehenden Märkte lediglich optimiert und somit effizienter gemacht werden.

In Anbetracht dessen muss sich die Politik heute mehr denn je ernsthafte Gedanken machen, was die vielen unqualifizierten Zuwanderer, welche oftmals noch nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind, in Zukunft arbeiten sollen.

Einwanderungsländer, wie beispielsweise Australien und die USA, haben diese Problematik offensichtlich längst erkannt und forcieren die Zuwanderung von hochqualifizierten Fachkräften.

Was machen wir in Zukunft mit den Millionen Menschen ohne Arbeit? Die Folgen der Digitalisierung werden mit Sicherheit unser gegenwärtiges Sozialsystem sprengen. Folglich ist es jetzt erforderlich, elementar umzudenken.

Es wird in Zukunft in Deutschland, aber auch in vielen weiteren Industrieländern, ein Bedingungsloses Grundeinkommen geben müssen, denn ansonsten sind soziale Verwerfungen nicht zu verhindern.

German old economy – offensichtlich ein schlechter Deal für die Big Player aus Silicon Valley

Bereits heute haben die Top 5 Unternehmen der USA (Apple, Microsoft, Alphabet, Cisco, Oracle) über 630 Mrd. Dollar (532 Mrd. Euro) an Barreserven angehäuft.

Allein Apple könnte mit seinen Barreserven von knapp 270 Mrd. Dollar Unternehmen wie Siemens (€ 97,7 Mrd.), Volkswagen (€86,06 Mrd.), Daimler (€ 74,49 Mrd.), Allianz (€89,19 Mrd.), Bayer (€ 88,86.) oder BASF (€ 86,65 Mrd.) aus der Portokasse erwerben.

Sie machen es aber nicht. Warum? Weil es offensichtlich ein schlechter Deal ist. Apple oder Google könnten problemlos die Deutsche Bank und die Commerzbank erwerben.

Beide haben seit Jahren eine Vollbanklizenz. Sie machen es aber nicht. Warum nur? Weil es „old economy“ ist. Weil die alten Banken nicht lukrativ und vor allem nicht zukunftssträchtig erscheinen. Apple, Google, Paypal ... haben nicht nur ältere, sondern auch junge Kunden und zwar global. Sie haben somit die Zukunft.

Bald wird manch einem Banker klar werden, dass er die Digitalisierung und die für das Finanzwesen extrem zukunftssträchtige Blockchaintechnologie komplett verschlafen oder noch schlimmer ignoriert hat.

Banken wie wir sie heute kennen werden in der Zukunft nicht mehr existieren.

“Es ist an der Zeit, dass wir in Deutschland schleunigst von unserem hohen Ross herabsteigen und der Realität ins Auge blicken.“

Wir alle müssen neu denken!

Wir plädieren für die Abschaffung der Berufspolitiker und treten statt dessen für Politiker und Parteien ein, die nicht in Schubladen denken und ihren jeweiligen Ideologien verhaftet sind, sondern die im Sinne der Menschen und des Landes agieren und den Puls der Zeit erkennen.

“Noch ist Zeit, das Ruder herumzureißen.“

Noch boomt der Exportsektor und folglich geht es dem Deutschen Staat verhältnismäßig gut, weil wir einerseits von dem billigen Euro und andererseits von einem gigantischen Niedriglohnsektor profitieren. Wir müssen ab sofort Steuerüberschüsse sinnvoll und nachhaltig investieren.

Jetzt müssen zig Milliarden Euro in den Ausbau des schnellen Internets sowie in Universitäten und Forschungszentren in Wirtschaftszentren wie München, Stuttgart, Frankfurt gepumpt werden, damit wir nicht endgültig den Anschluss an das Silicon Valley und das 21. Jahrhundert verlieren.

Deutschland – ohne richtige Regierung aber mit realitätsfernen Politdarstellern

Wie von uns letztes Jahr vorhergesagt befinden wir uns am Ende der Ära Merkel. Die sogenannte Jamaika-Koalition ist nach endlosen Sondierungsgesprächen erwartungsgemäß krachend gescheitert.

Die Vorstellung, dass Politiker wie Christian Lindner, Wolfgang Kubicki, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Alexander Dobrindt oder Christian Schmidt in einer Regierung sitzen, erschien uns doch auch mehr als grotesk.

Drei Monate nach der Wahl haben die Politiker – trotz voller Bezahlung – noch immer keine neue Regierung zustande gebracht.

“Hilfreich wäre es vielleicht, in einem solchen Fall beispielsweise nach zwei Monaten keine Gehälter mehr an die Protagonisten auszuzahlen.“

Diese Causa würde den Sachverhalt einer Regierungsbildung höchstwahrscheinlich immens beschleunigen.

Bei der Erhöhung der Abgeordnetendiäten waren sich die Parlamentarier von CDU, CSU, FDP, GRÜNE und SPD dafür rekordverdächtig schnell einig. 665 der 709 Abgeordneten gaben ihre Stimme ab. Davon stimmten 505 mit Ja. Seit 2005 sind die Diäten von € 7.009 auf € 9.542 Euro brutto im Monat erhöht worden. Der Hartz IV-Regelsatz wurde in derselben Zeit von € 345 auf € 409 erhöht.

Auch zukünftig steigen die Diäten automatisch – und zwar um 11 Prozent in den nächsten drei Jahren – ohne lästige Abstimmungen und Berichterstattungen. Parallel steigen die Pensionsansprüche um beachtliche € 238,55 pro Jahr. Dafür muss ein Normalverdiener 8 Jahre lang schuften.

“Funktioniert so Demokratie? Wieso steigen die Löhne nicht auch automatisch, um sie der Inflation anzugleichen?“

Mit dieser Thematik sollte sich die Politik in Berlin mit derselben Vehemenz auseinandersetzen, wie bei ihren eigenen Diätenerhöhungen.

Ein Bild des Jammers – das Volk läßt sich nicht mehr hinters Licht führen

Die beiden ehemaligen großen Volksparteien geben ein Bild des Jammers ab. Offensichtlich lässt sich das Volk nicht mehr hinter das Licht führen und hat eben diesen Parteien das Vertrauen verstärkt entzogen. Diese Tendenz sehen wir auch bei zukünftigen Wahlen.

Die CDU hat unter Merkel das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Partei eingefahren.

“Dennoch kann Merkel nicht erkennen, was die CDU im Wahlkampf hätte anders machen sollen.“

Zweifelsohne könnte man ihr nach dieser Aussage den völligen Realitätsverlust bescheinigen. Dessen ungeachtet kleben die CDU'ler an ihren Pöstchen und sind folglich gewillt, sich bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen, um Neuwahlen um jeden Preis zu vermeiden.

Dieses Schmierentheater wird sich bei den kommenden Wahlen bitter rächen. Kaum an Peinlichkeit zu überbieten ist der **Machtkampf bei der CSU**. Seehofer hat bis zuletzt verbissen an seiner Macht festgehalten und lediglich auf Grund zu schlechter Ergebnisse zähneknirschend einer Doppelspitze zugestimmt.

Sein Rivale, der Karrierepolitiker Markus Söder, hat den Machtkampf für sich entschieden. Spätestens jetzt sollten bei der CDU alle Alarmglocken schrillen, denn Söder hat bereits 1997 gesagt: „Nichts integriert in der CSU so sehr, wie wenn's gegen die CDU geht.“

Doch auch solche markigen Sprüche werden ein verheerendes Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2018 für die CSU nicht verhindern können.

“Dann wird der Streit zwischen der Doppelspitze Seehofer und Söder in gegenseitigen Schuldzuweisungen vollkommen eskalieren, und die beiden Machtmenschen werden ihr wahres Gesicht zeigen.“

Erschreckend ist das Bild, das die einstige Volkspartei SPD abgibt.

Auch hier ist die Negativauslese an der Parteispitze beeindruckend. Man will wohl mit aller Gewalt unter die 10 Prozent Marke kommen –

“„Sankt Martin“, der 100-Prozent Kandidat, ist eben doch nicht der Heilsbringer der SPD sondern allerhöchstens ein dampfplaudernder EU-Bonze mit dem Hang zum Realitätsverlust.“

Auch Ralf Stegner hat den Ernst der Lage offensichtlich noch nicht erkannt, ansonsten ist sein Statement „ohne die SPD läuft in Deutschland gar nichts“ schwer zu erklären.

Nach Andrea Nahles „Bätschi“ Aussage und „das wird teuer“ fällt es uns als Steuerzahler schwer diese Frau auch nur ansatzweise ernst zu nehmen. Sollte sich die SPD nicht radikal verändern und ihre komplette Parteispitze austauschen – was mit den an ihren Posten klebenden Verantwortlichen nicht zu erwarten ist – dann wird ihr dasselbe Schicksal blühen wie Ihren Schwesterparteien in Frankreich, Dänemark, Griechenland, Niederlande, ... und genau davon gehen wir aus, denn mit der aktuellen Führungsmannschaft wird die SPD bei den nächsten Wahlen komplett baden gehen.

Zur FDP kann man es nur mit den Worten der „heute show“ sagen: „Alter Schleim in neuen Schläuchen“. Eine One-Mann Show um den Posterboy Lindner – viele Worte und wenig Inhalt.

Politik als Drehtür für schicke Posten in der Wirtschaft

Nach wie vor ist die Politik eine hervorragende Drehtür für schicke und hochdotierte Posten in der Wirtschaft. Bestes Beispiel ist unser ehemaliger SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder. Aber auch die abgewählte SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft steht ihrem Parteikollegen in nichts nach und landet sehr weich.

Sie wird Mitglied im Aufsichtsrat des Steinkohlekonzerns RAG und erhält hierfür jährlich mindestens 120.000 Euro. Dies hat schon Tradition, denn auch ihr Vorgänger Rütgers wurde mit demselben Posten nach seiner Niederlage getröstet.

Werner Gatzert (SPD), Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (BMF), geht zur Deutschen Bahn und wird dort Chef der Konzernsparte DB Station & Service. Gatzert saß als Staatssekretär im BMF allein an der Schaltstelle der Finanzmacht. 2015 bettelte Gatzert sogar sein zukünftiger Arbeitgeber um eine Geldspritze an und – oh Wunder! – gewährte die Regierung am Ende einen Zuschuss in Höhe von einer Milliarde Euro und verzichtete auf Dividendenzahlungen.

Ronald Pofalla (CDU) ist ebenfalls bei der Bahn gelandet und soll sich dort pudelwohl fühlen. Sein Freund Grube hat ihn dort mit einem geschätzten Jahressalär von 600.000 Euro ausgestattet.

Anfang Dezember ist die CSU-Politikerin und Ex-Bundesministerin Gerda Hasselfeldt zur Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) gewählt worden.

Nachdem die Schleswig-Holsteiner Torsten Albig (SPD) als Ministerpräsidenten abgewählt hatten, heuert er – ohne europapolitische Erfahrung – ab Januar 2018 bei der Deutschen Post DHL als Vice President Corporate Representation in Brüssel an.

Es ist also kein Wunder, dass das Vertrauen in die Politik immer mehr schwindet: die politische Klasse demaskiert sich kontinuierlich selbst, und es fällt vielen Menschen immer schwerer, eben diese noch ernst zu nehmen.

Deutschland – „Ein Land in dem wir gut und gerne leben“ – wirklich?

Ist dies tatsächlich so? Die heutigen Einkommensunterschiede in Deutschland zwischen Arm und Reich entsprechen denen kurz vor dem Ersten Weltkrieg. 1913 entfielen auf die obersten zehn Prozent der Haushalte 40 Prozent aller Einkommen. Heute ist dies abermals der Fall... (I)

Zweifellos boomt der Export, unsere Konzerne schreiben Rekordgewinne, und die Reichen und Superreichen werden immer reicher. **Einerseits** gibt es laut Schätzungen des manager magazins 2017 in Deutschland 187 Milliardäre – das sind 18 mehr als 2016. Im Jahr 2001 waren es noch 69 Milliardäre (II).

In den vergangenen sieben Jahren hat sich die Zahl der Milliardäre hierzulande allein fast verdoppelt. Insgesamt summiert sich das Vermögen der 1.000 reichsten Deutschen laut BILANZ auf 901 Milliarden Euro.

Andererseits arbeiten mittlerweile 24,7 Prozent, das sind 8,8 Millionen im Niedriglohnsektor. Auch 2017 stieg die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten weiter an. Diese Menschen können nichts für ihr Alter zurücklegen, und Altersarmut daher in großem Stil ist vorprogrammiert.

Dennoch weigert sich die Politik weiterhin, dieses Problem zu erkennen.

“Wir müssen jetzt anfangen, die Menschen fair zu bezahlen und den Mindestlohn erheblich heraufzusetzen. Leider ist davon erst dann auszugehen, wenn die Parteien, welche sich diesem widersetzen, abgewählt werden.“

Statistisch gesehen sind wir zweifellos ein reiches Land. Der Reichtum ist jedoch unsagbar ungerecht verteilt. Der Medianwert des geldwerten Vermögens für die Erwachsenen liegt, laut dem Global Wealth Report des Credit Suisse Research Institute's, das jährlich die weltweite Vermögensentwicklung analysiert, in der BRD bei rund 47.000 Dollar.

Selbst im krisengebeutelten Griechenland sind es \$ 55.000. In den Niederlanden sind es \$ 94.000, in Dänemark \$ 87.000 Dollar und in Belgien \$ 168.000 Dollar. Selbst in Frankreich sind es \$ 120.000 und in Italien sogar \$ 125.000. Nur Portugal liegt mit \$ 38.000 in den alten Ländern der EU hinter Deutschland. (III)

Laut Bundesverband der Tafeln stehen immer mehr Rentner bei den Tafeln für kostenlose Lebensmittel an.

“Die Zahl der bedürftigen Senioren hat sich binnen zehn Jahren verdoppelt. Fast jeder vierte Tafelkunde ist mittlerweile Rentner.“

Das sind ungefähr 350.000 Menschen – Tendenz steigend.

Das Rentenniveau in Ländern wie Portugal liegt bei 90 Prozent

Das Rentenniveau in Deutschland befindet sich bei 47,9 Prozent. In Ländern wie Kroatien, Niederlande, Portugal, Italien, Österreich liegen wir bei über 90 Prozent, in Ungarn, Bulgarien, Luxemburg, Slowakei, Zypern, Spanien, Dänemark über 80 Prozent.

“Der EU Durchschnitt liegt bei 70,6 Prozent. Insgesamt liegen 23 Länder vor Deutschland.“

Bis 2030 soll es in Deutschland mit dem Rentenniveau weiter bergab gehen – auf 43 Prozent! D.h. bei einem Verdienst von 2.000 Euro netto, was bereits ordentlich ist, sind ab 2030 nur noch 860 Euro zu erwarten.

Bis heute konnte uns noch kein Politiker erklären, wie das funktionieren soll und insbesondere wie man damit in Deutschland ein würdiges Leben führen kann?

Mehr Kinder – Weniger Schulen

Bildung wird ebenfalls immer mehr eine Frage des Geldbeutels. Obwohl die Zahl aller Schulen auf Grund der niedrigeren Geburtenrate Ende der 90er Jahre sank, ist die Zahl der Privatschulen gestiegen. Zwischen 2000 und 2016 stieg sie um 43 Prozent.

Die Gesamtzahl aller Schulen sank um 18 Prozent. In Zukunft werden noch viel mehr Menschen, die es sich leisten können, ihre Kinder auf private Schulen schicken. Folglich wird das Niveau weiter ab- und die Probleme an vielen staatlichen Schulen weiter zunehmen. (IV)

13 Milliarden Euro für die EU

So lange die Politik diese Fakten ignoriert und die Bürger für dumm verkauft und Steuergelder weiterhin großzügig außerhalb des Landes verteilt (auch 2016 ist Deutschland wieder der mit Abstand größte Nettozahler der EU gewesen:

Knapp 13 Milliarden Euro betrug laut Frankfurter Allgemeine Zeitung die Differenz zwischen dem Beitrag in den Haushalt und den Rückflüssen aus den EU-Töpfen), anstatt es den eigenen Bürgern zukommen zu lassen und Rücklagen für schlechtere Zeiten zu bilden, **werden populistische Kräfte in Zukunft erheblich dazugewinnen und die so genannten Volksparteien immer mehr an Bedeutung verlieren.**

Prognose für Deutschland für 2018

Wir gehen von einer **Minderheitsregierung** aus, weil man in Berlin vor Neuwahlen und folglich noch schlechteren Ergebnissen zu viel Angst hat.

Die SPD hat Angst vor einer weiteren großen Koalition, welche für sie der sichere Tod bei den nächsten Wahlen bedeuten würde.

“Angela Merkel wird dann in ein bis zwei Jahren, vielleicht zur Europawahl ihren Hut nehmen und den Stab weiterreichen.“

Jens Spahn will unbedingt ihr Nachfolger werden, und man kann nur hoffen, dass er es nicht wird.

Die Schwesterpartei CSU wird bei der Landtagswahl in Bayern, auch mit Söder, erhebliche Verluste verzeichnen und die absolute Mehrheit verlieren.

“Der Niedriglohnsektor wird weiter ansteigen. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Menschen von Altersarmut bedroht sein werden.“

Das Rentenniveau wird in Zukunft in Deutschland weiter sinken, und für das Alter adäquat vorzusorgen wird immer schwieriger.

Wir befürchten leider, dass auch in Zukunft von weiteren terroristischen Anschlägen auszugehen ist, da das Problem keinesfalls gelöst wurde. Auch eine weitere Migrationskrise wird kommen.

Zudem erwarten wird, dass die Planwirtschaft der EZB auch nach September 2018 weiter gehen wird, um das Finanzsystem am Leben zu erhalten. **D.h. wir alle werden weiter enteignet.**

Dank der irrsinnigen Notenbankpolitik der EZB werden einerseits die Immobilienpreise in städtischen Ballungszentren auch 2018 weiter in die Höhe gehen und Wohnen immer mehr zum Luxus. Auch der Dax wird weiter nach oben getrieben werden.

Andererseits werden die öffentlichen Abgaben für uns Bürger sowie Konto- und sonstige Bankgebühren weiter ansteigen. Banken werden immer mehr Filialen schließen, fusionieren oder abgewickelt werden.

“Auch die Krankenkassengebühren werden weiter ansteigen. In spätestens 15 Jahren wird unser Gesundheitssystem auf Grund explodierender Kosten und des immer kleiner werdenden Mittelstandes kollabieren.“

Panama papers, Paradise papers – Nur Idioten zahlen Steuern!

Uns ist nach wie vor schleierhaft, warum noch immer ein Großteil der Bürger Parteien wählen, welche ganz klar gegen die Interessen der meisten Bürger arbeiten.

“All unsere großen Parteien unterstützen eine EU der Steueroasen, eine EU, die Großkonzerne und Superreiche verschont und Mittelständler schröpft.“

In den USA spielt es keine Rolle, ob man in Monaco wohnt oder in den USA. Solange man einen amerikanischen Pass besitzt, zahlt man US-Steuern. Wer den US-Pass abgibt, muss eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 20 Prozent entrichten. So einfach könnte man die Steuerflucht von Supereichen in Steueroasen verhindern.

Dank EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sind ca. 300 Konzerne in seine Steueroase namens Luxemburg eingeladen. Alleine das ist ein triftiger Grund, warum die EU niemals funktionieren kann.

Als legal verteidigte dieser nach den Luxemburg-Leaks-Enthüllungen das Vorgehen seines Heimatlandes. Offensichtlich sind Steuergeschenke an Firmen in Ordnung.

Juncker wird nach wie vor von unseren Politikern unterstützt, anstatt vom Hof gejagt. Mittlerweile setzt sich Juncker anscheinend für Steuergerechtigkeit ein. Wahrscheinlich hält er uns für blöd!

Die neuste Steueroase heißt Italien

Dass das Euro-Land Italien mittlerweile zur Steueroase für Superreiche verkommen ist, schlägt dem Fass den Boden aus. Dort muss der Geldadel pauschal 100.000 Euro für im Ausland erwirtschaftete Kapitalerträge bezahlen, ohne auch nur eine kostspielige Steuererklärung auszufüllen.

Italien gibt sich mit einem Multiple Choice Fragebogen zufrieden. So lange es innerhalb der EU keine einheitlichen Steuersätze, sondern Steueroasen wie Malta (in dem kritische Journalisten in die Luft gesprengt werden), Niederlande, Irland, Italien... gibt, kann und wird die EU keine Zukunft haben.

“Heute ist sie ein Big Deal für Großkonzerne und Superreiche und ein Sch... Geschäft für uns Steuerzahler.“

Wir können das dämliche Gefasel unserer Politiker nicht mehr hören, dass man in einer globalen Welt gegen Steueroasen nichts unternehmen könne.

Steuerfluchtzentren sind faktisch nichts anderes als exterritoriale Zonen in den Datenspeichern der Banken. Würde die Politik beschließen, dass Banken, die Geschäfte mit Steueroasen betreiben möchten, kein Konto mehr bei der EZB oder der US-Notenbank Federal Reserve bekommen und somit nicht mehr in Euro oder Dollar handeln könnten, dann würden alle internationalen Banken dieses Geschäft einstellen.

Doch dies ist offensichtlich nicht gewollt. Folglich werden noch viele Panama, Paradise oder sonstige „Papers“ folgen. Ändern wird sich leider nichts. Eine Möglichkeit, der Steuervermeidung entgegenzuwirken, zeigen wir in unserem aktuellen Buch „**Sonst knallt's**“ auf.

Wir plädieren dafür, alle Steuern abzuschaffen, bis auf eine, die Konsumsteuer (Mehrwertsteuer). Damit würde man der Steuerflucht ein Ende setzen.

Unser Steuersystem fördert die Großkonzerne und zerstört Kleinunternehmer und rasiert den Durchschnittsbürger.

“Nirgendwo in der Eurozone – außer in Belgien – sind die Abgaben so hoch wie in Deutschland.“

In Deutschland gelten Bürger mit einem Einkommen von 53.666 Euro bereits als Spitzenverdiener. Alles darüber hinaus wird mit 42 Prozent Steuern gnadenlos abgezockt, während uns der Geldadel und Großkonzerne lachend den erhobenen Mittelfinger zeigen.

Die Politik jubelt über die Rekordsteuereinnahmen der dummen Schafe namens Steuerzahler, während Großkonzerne und Superreiche ihre gigantischen Gewinne lieber selbst behalten.

Die Einnahmen der Bundesrepublik könnten ohne Steueroasen um geschätzte 32 Prozent höher liegen als bislang. Dies bedeutet, dass unsere Steuern massiv gesenkt werden können!

So lange die von Politikern gemachten Gesetze Superreiche und Konzerne schützen, anstatt uns vor diesen, so lange Geld die Welt regiert, wird Steuergerechtigkeit nichts anderes als eine Illusion bleiben, und unsereins wird der Dumme sein.

“Die Praktiken der Konzerne und Superreichen mögen legal sein. Dennoch sind sie hochgradig asozial.“

Da die Politik offensichtlich nichts unternimmt, sondern lieber den Sozialstaat zerstört, uns Kleine schröpft und dann noch die Frechheit besitzt, sich über Rekordsteuereinnahmen zu erfreuen, ist es an der Zeit, den Politikern der Konzerne und den Konzernen selbst den erhobenen Mittelfinger zu zeigen.

Flüchtlingskrise ungelöst – gegeneinander anstatt miteinander

Die Flüchtlingskrise bleibt weiterhin ungelöst und ist ein weiteres Zeugnis, dass die „Solidar- und Wertegemeinschaft“ EU scheitern wird. Der Luxemburger Außen- und Europaminister Jean Asselborn bringt es auf den Punkt: „Innereuropäisch steuert die EU in der Flüchtlingspolitik auf ein völliges Scheitern und Versagen zu“.

Im ersten Halbjahr 2017 hat Deutschland über mehr Asylanträge entschieden als alle anderen 27 EU-Staaten zusammen. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat gab es in der Bundesrepublik 357.625 Entscheidungen, in den anderen Ländern insgesamt nur 199.405.

Im ersten Halbjahr 2016 standen 256.480 deutsche Asyl-Entscheidungen 218.510 Beschlüssen in den anderen Staaten gegenüber. Weder Ungarn noch Polen haben bis heute einen einzigen Flüchtling aus dem von der EU beschlossenen Programm zur Umverteilung aufgenommen.

Die Flüchtlingskrise treibt einen immer größeren Keil in die Gesellschaft.

“Da wird von „Gutmenschen“ und „Dunkeldeutschland“ gesprochen und da wird diskutiert, warum Ausreisepflichtige nicht ausreisen müssen, Steuerpflichtige aber Steuern bezahlen müssen und warum man ohne Pass ein- aber nicht ausreisen kann.“

Die Kommunen in Deutschland haben schon vor einem Scheitern der Integration von Flüchtlingen gewarnt. Bereits Mitte 2017 seien fast 600.000 Flüchtlinge als erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Grundsicherung Hartz IV gewesen.

Dies war laut dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, gegenüber dem Jahr 2016 ein Anstieg von über 250.000 Menschen. Bis zur Jahresmitte seien weniger als 200.000 Flüchtlinge einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen.

“Spätestens jetzt sollte die Politik erkennen, wie brisant die Lage ist. Erkennt sie dies nicht, ist die Konsequenz, dass populistische Kräfte immer stärker werden.“

Jedes Jahr müsste eine Stadt wie Würzburg gebaut werden

Der CSU-Politiker Gauweiler kommt zu folgender Aussage: *„Wenn jetzt aber – ohne asylberechtigt zu sein – jedes Jahr weitere 200.000 Menschen neu aufgenommen werden sollen, muss jedes Jahr eine Stadt der Größe Würzburgs gebaut werden, wenn man nicht Slums will. Mit Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und allem, was eine solche Stadt braucht. Wer das kann, soll das sagen.“*(V)

Diese Thematik ist nicht wegzudiskutieren und erfordert eine andere Antwort als Merkels „wir schaffen das“. Es ist an der Zeit den Bürgern zu erklären, was man wie schafft. Erste Bürgermeister (Mannheim, Badenweiler) und eine Landrätin (Lörrach) sagen bereits: „Wir schaffen das in unseren Kommunen nicht mehr“.(VI)

Bis heute wurden die Fluchtursachen nicht ansatzweise bekämpft. Zukünftig wird die Migration – insbesondere aus Afrika – auf Grund der demographischen Entwicklung – die Bevölkerung Afrikas wächst derzeit um jährlich über 30 Millionen Menschen – weiter zunehmen.

Afrika: Migration wird extrem zunehmen

Dennoch plündern westliche Konzerne unvermindert den Kontinent aus. Wenn wir dies nicht umgehend einstellen und anfangen, den Menschen in Afrika eine Perspektive zu geben und die Menschen dort fair zu bezahlen, dann wird die zukünftige Migration den bisherigen Flüchtlingsstrom aus Afrika noch weit in den Schatten stellen.

Dr. Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes sagte hierzu folgendes: *„Es ist sehr fraglich, ob die westlichen Bemühungen, Fluchtursachen zu bekämpfen, mit dieser Dynamik überhaupt Schritt halten können. Zumal ein Zusammenhang gerne übersehen wird: Selbst wenn es gelingen sollte, die wirtschaftliche Lage einzelner afrikanischer Staaten zu verbessern, wird dies vermutlich zunächst zu noch mehr Migration führen. Denn dann werden viele Personen selbst bei einem sehr begrenzten Wirtschaftswachstum zum ersten Mal überhaupt die Möglichkeit haben, die Reise nach Europa zu finanzieren. Weit über eine Milliarde Menschen werden künftig einen rationalen Migrationsgrund haben.“* (VII)

Pulverfass Naher Osten

Ferner entwickelt sich der Nahe Osten mehr und mehr zum – von unter anderem auch uns hochgerüsteten – Pulverfass. Stellvertreterkriege zwischen Saudi-Arabien und Iran werden zunehmen und sich nicht nur auf den Jemen beschränken.

Spätestens, wenn der Konflikt zwischen den beiden regionalen Mächten weiter eskaliert, wird aus diesem Raum die nächste Flüchtlingswelle auf Europa zurollen.

“Hierbei stellt sich nicht die Frage des ob, sondern lediglich des wann.“

Sozialstaat oder offene Grenzen?

Die nächste Frage, die sich Deutschland und Europa stellen wird, ist die Frage „Sozialstaat“ oder „offene Grenzen“.

Der Nobelpreisträger Milton Friedman hat bereits vor 40 Jahren festgestellt, dass offene Grenzen und Sozialstaat sich gegenseitig ausschließen.(VIII) Man müsse sich für das Eine oder das Andere entscheiden.

“Wir gehen davon aus, dass in Zukunft die Grenzen geschlossen werden. Erste Tendenzen diesbezüglich sind in Europa bereits ersichtlich.“

Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange sagt beispielsweise zu den Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze: „Die jetzigen Kontrollen ähneln einer permanenten Grenzkontrolle – und die sind laut EU-Recht rechtswidrig.“ (IX)

Dennoch hat sich das dänische Parlament kurz vor Weihnachten darauf verständigt, die Kontrollen an den Grenzübergängen nach Deutschland zu verschärfen.

EU – Planwirtschaft der EZB geht weiter und der Euro wird scheitern!

Nach wie vor sehen wir die Lage in Europa keinesfalls positiv – sondern realistisch.

Die Zinsen sind, wie von uns vor einem Jahr an gleicher Stelle prognostiziert, weiterhin bei 0 und werden dort auch noch sehr lange bleiben, und die Preise steigen weiter.

Heute liegt die Inflationsrate bei 1,9 Prozent und der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert, dass sich deutsche Sparer für längere Zeit trotz Nullzinsen mit stärker steigenden Preisen abfinden sollen.

“Bis heute hat uns Sparer die irrsinnige EZB-Notenbankpolitik über 436 Milliarden Euro gekostet.“

Unvermindert versuchen die EZB und die nationalen Notenbanken die Krise mit der Druckerpresse zu lösen. Bis Ende 2017 hat die EZB knapp 2,2 Billionen Euro aus dem Nichts erschaffen.

“Inzwischen hat die EZB, was das Volumen der Bilanzsumme angeht, selbst die US-Notenbank FED überholt.“

Dennoch wird fleißig weitergedruckt – 2018 statt 60 Milliarden immer noch 30 Milliarden pro Monat bis September 2018 – auch hier gehen wir von einer Verlängerung aus. **Niemals in der Geschichte der Menschheit wurde eine Krise nachhaltig mit der Notenbankpresse gelöst.**

Offensichtlich läuft es in der Eurozone nicht so prächtig, ansonsten wäre das Aufkaufprogramm längst gestoppt und der Leitzins erheblich erhöht. Beides wird jedoch auch 2018 nicht geschehen. Obendrein werden die Target 2-Verbindlichkeiten weiter steigen.

Nach einem Rekordstand 2017 in Höhe von 855 Milliarden Euro werden wir 2018 neue Rekordstände sehen. **Dieses Geld werden wir niemals wiedersehen und können es bereits heute der deutschen Staatsverschuldung hinzuaddieren.**

Der Euro ist grandios gescheitert

Schon heute ist der Euro als Motor der Integration grandios gescheitert. Zu diesem Ergebnis kommen ausgerechnet Ökonomen der EZB in ihrer Studie.

Auch ist Deutschland – wie von der Politik immer wieder behauptet – eben nicht der große Euro-Gewinner, denn seit Euroeinführung ging es mit dem deutschen Wohlstand in Relation zur gesamten EU bergab.

“1998 lag das BIP pro Kopf in Deutschland bei 125 Prozent des Schnitts, Ende 2016 nur noch bei 123 Prozent.“

Die großen Verlierer des Euros sind allen voran Griechenland, gefolgt von Italien, Portugal, Zypern, Frankreich und Spanien. Größter Profiteur ist das Niedrigsteuerland Irland, gefolgt von Estland, Slowakei, Litauen und Lettland.(X)

Mehr denn je wird ersichtlich, dass der Euro Europa trennt, anstatt es zu einen, und folglich ist ein Ende der Eurozone absehbar. Wir gehen von drei bis fünf Jahren aus.

Südeuropa kommt auch 2018 nicht auf die Beine – die Insolvenzverschleppung geht weiter!

2017 wurde in Frankreich das Parlament neu gewählt, und die Bewegung des „Heilsbringers“ und französischen Präsidenten Macron mit seiner Partei „La République en Marche“ hat das politische Establishment in Paris mit seinem Sieg erschüttert. Jetzt müssen Macron und seine Mannschaft jedoch liefern. Ob er dies schafft, ist hinsichtlich der starken französischen Gewerkschaften keinesfalls sicher.

Wir gehen davon aus, dass er es nicht schafft! Ob seine Äußerungen, er werde mit seiner Reformpolitik „weder vor den Faulenzern noch den Zynikern, noch den Extremen zurückweichen“, helfen, die Lage in Frankreich zu beruhigen, ist fraglich.(XI)

“Liefert Macron jedoch nicht und bringt das wirtschaftlich schwer angeschlagene Land nicht auf Vordermann, dann können wir uns alle ausmalen, wer die nächste Präsidentin in Frankreich wird.“

Ein mahnendes Beispiel hierfür sind die USA. Was hat man sich von dem „US-Heilsbringer“ Obama nicht alles versprochen. Man hat ihm bereits zu Beginn seiner Amtszeit den Friedens-Nobelpreis umgehängt, dummerweise hat er dann mehr Bomben abgeworfen (XII) als sein Vorgänger Bush. Offensichtlich hat Obama jedoch sehr viele US-Amerikaner enttäuscht, denn die Folge von Obama war kein geringerer als der twitternde US-Präsident Donald Trump. Nicht auszumalen, wer oder was auf ihn folgt, wenn auch dieser erwartungsgemäß die Amerikaner enttäuschen wird.

Spanien – Katalonien wird sich verabschieden

Spanien steuert auf immense Probleme zu. Zwar geht es wirtschaftlich etwas bergauf, aber nicht genug. Die Industrieproduktion ist gegenwärtig auf dem Niveau von 1997. Damit lassen sich keineswegs die Schulden von 2017 bezahlen. Die Staatsverschuldung (Bruttoschulden der Zentralregierung, Schulden der Regionen, Kommunen und Sozialversicherungen) befindet sich mit über 1.137 Milliarden Euro auf einem Allzeithoch.

Nicht zu verkennen: hier fehlen noch Teile von unbezahlten Rechnungen, Schulden öffentlicher Unternehmen und spanische Staatsanleihen in den Händen des Reservefonds der sozialen Sicherheit, die nicht in der konsolidierten Bruttostaatsverschuldung nach „excessive deficit procedure (EDP)“ ausgewiesen sind.

“Mit diesen nicht konsolidierten Schulden betragen die Gesamtverbindlichkeiten des spanischen Staates über 1.582,9 Mrd. Euro. Das sind 138,8% des nominalen BIPs.“

Nachdenklich stimmen uns die Entwicklungen in Katalonien. Für uns ist klar, dass Spanien langfristig Katalonien nicht halten kann – und schon gar nicht mit Gewalt.

Spätestens nachdem der rechtskonservative spanische Premierminister Mariano Rajoy zuerst der katalanischen Regierung unter Carles Puigdemont monatelang jeglichen ernsthaften Dialog verweigerte und diese nach der Unabhängigkeitserklärung entmachtete, war uns klar, dass in Zukunft die Trennung kommen wird. Ausschlaggebend für uns ist jedoch, dass Rajoy den „Krieg der Bilder“ verloren hat, als er beim Abspaltungsreferendum auf friedliche Wahlwillige und Demonstranten (auch ältere Menschen) von spanischen Einsatzkräften teilweise einknüppeln ließ.

“In Zeiten des Internets ist dies der Supergau.“

Noch immer hält die spanische Justiz mehrere katalanische Separatistenführer mit umstrittenen Begründungen in Untersuchungshaft. (Experten streiten sich, ob es sich hierbei um politische Gefangene handelt).

Auch Puigdemont säße wohl in Haft, wäre er nicht nach Belgien geflohen. Rajoys Plan, in Form von Neuwahlen das Thema Separation zu beenden, ist nicht aufgegangen. Die drei Parteien, die sich für die Abspaltung von Spanien einsetzen, haben die Mehrheit der Sitze im Katalanischen Parlament erhalten.

Rajoys Partei Partido Popular hat künftig nur noch drei von 135 Sitzen im katalanischen Parlament.

Wir gehen davon aus, dass in den nächsten fünf bis 10 Jahren die Abspaltung Katalonien von Spanien erfolgen wird. Insgesamt werden Separationsbewegungen in Zukunft weltweit stärker werden.

Griechenland ist nach wie vor bankrott

Während deutsche Medien Griechenland Fortschritte bescheinigen, zeichnen die Daten des griechischen Finanzministeriums zum Bruttoschuldenstand der Zentralregierung in Athen ein anderes Bild.

Zuletzt im dritten Quartal 2017 stieg der Bruttoschuldenstand auf 326,114 Mrd. Euro. Das bisherige Allzeithoch lag im 4. Quartal 2011 bei 367,978 Mrd. Euro. Nach dem Schuldenschnitt ging es auf 280,292 Mrd. Euro in Q 1 2012 abwärts.

Griechenland ist nach wie vor bankrott. Dennoch erhält das Land laufend neues Steuergeld.

Ende Juni stimmte der Haushaltsausschuss des Bundestages der Auszahlung aus dem Euro-Rettungsfonds zu, obwohl vom IWF bis heute kein Geld fließt. (XIII) Folglich kann Griechenland weitere Hilfen erhalten.

“Es ist an der Zeit, dass auch Abgeordnete mit Haus und Hof für ihre Entscheidungen haften müssen.“

Wie kann es sein, dass jetzt im Falle von Griechenland seit Jahren Insolvenzverschleppung betrieben wird.

Wir werden das Geld von Griechenland niemals wiedersehen, wenn nicht einmal Deutschland als Exportweltmeister in Rekordjahren mit Rekordsteuereinnahmen und Rekordüberschüssen einen Cent Schulden zurückbezahlt.

Lächerlich sind die Gewinne (1.34 Milliarden Euro), die Deutschland mit den Griechenlاندanleihen verdient hat. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Risiken des faktisch bankrotten Landes. Der Schuldenschnitt Griechenlands muss und wird kommen.

Italien – EU- und Eurokritiker weiter auf dem Vormarsch

Im Frühjahr 2018 wird in Italien gewählt. Unsere Prognose: **Die EU- und Eurokritischen Parteien werden sehr stark abschneiden, und wenn wir Pech haben, werden wir sogar Silvio Berlusconi wieder sehen.**

Vom „Aufschwungs-Europa“ kann in Italien nicht die Rede sein. Die Bruttoverschuldung des italienischen Staates ist mittlerweile bei 2,28 Billionen Euro angelangt.

Die Target 2-Verbindlichkeit der italienischen Zentralbank (Banca d’italia) ist im Monat November 2017 auf den Höchststand von 435,883 Mrd. Euro gestiegen.

“Wie von uns erwartet, hat die Bankenkrise das wirtschaftlich marode Italien abermals erfasst.“

Erneut müssen die Steuerzahler für die Rettung von zwei Banken bluten. Die Regierung stellt bis zu 17 Milliarden Euro für die Institute Veneto Banca und Banca Popolare di Vicenza bereit. Die EZB-Bankenaufsicht hat diese als wahrscheinlich nicht mehr überlebensfähig eingestuft.

Sie sollen jetzt so abgewickelt werden, dass Kunden, Gläubiger und Beschäftigte so wenig wie möglich und der Steuerzahler so viel wie möglich bluten müssen.(XIV)

Abermals spielt Risiko und Haftung keinerlei Rolle! Damit ist die erst beschlossene EU-Bankenunion kläglich gescheitert und zeigt ebenfalls, dass die EU aktuell nicht funktioniert.

Das Ziel der Bankenunion ist es, einen einheitlichen Aufsichts- und Abwicklungsmechanismus zu implementieren und die Steuerzahler in Zukunft nicht mehr für Bankenrettungen heranzuziehen. **Was ist der Mehrwert von EU-Gesetzen, wenn sich schlussendlich niemand daranhält?**

Realitätsverlust in Brüssel und Brexit – Deal or no deal

Mittlerweile scheint sich der totale Realitätsverlust unter den EU-Granden in den Elfenbeintürmen in Brüssel breit zu machen. Offensichtlich haben die politischen Eliten den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt.

Weder die Griechenlandkrise, noch die Banken- und Finanzkrise, der Aufstieg der populistischen Parteien in ganz Europa, noch die seit Jahren schwelende Eurokrise oder der Brexit haben zu einem Umdenken geführt.

Anders lässt sich der Plan von EU-Kommissionspräsident Juncker, den Euro in der gesamten Europäischen Union einführen, also auch in den ärmeren osteuropäischen Ländern, nicht erklären. Ferner sollen alle EU-Länder der Schengenzone ohne Grenzkontrollen beitreten, wie EU-Diplomaten vor Junckers Grundsatzrede im Europaparlament sagten.

Obendrein soll die EU weiter wachsen: Bis 2025 könnte sie um die 30 Mitglieder haben. Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble findet diese Vorstellung gut. „Bundesfinanzminister Schäuble unterstützt die Pläne von EU-Kommissionspräsident Juncker – knüpft eine Erweiterung der Eurozone jedoch an die Erfüllung bestimmter Kriterien.“

Moment mal: Hat man nicht schon mal „bestimmte Kriterien“ gehabt und diese rigoros gebrochen? Waren diese Kriterien nicht Grundlage für die Währungsunion? Maastrichter Kriterien? Lissabonner Vertrag? No Bail Out Klausel...

“Allesamt wurden diese Gesetze und Kriterien verletzt und gebrochen. Wieso soll es dieses Mal funktionieren?“

Seit Jahren gibt es innerhalb der EU von oberster Stelle Vertragsbrüche am laufenden Band

...

Noch ist keineswegs klar, ob es zu einem Deal zwischen der EU und England kommen wird, oder ob der Brexit in einem Desaster für alle Parteien endet.

Mittlerweile hat sich die EU genauso wie Großbritannien in eine Sackgasse hineinmanövriert, aus der keine der Parteien mehr ohne Gesichtverlust rauskommt.

Sollten sich die Hardliner durchsetzen, wird es zu einem schmutzigen Brexit kommen. Dies wird zur Folge haben, dass wir bald die größte Steueroase mitten in Europa haben werden, nämlich in Großbritannien. Davon gehen wir aus.

Billiges Geld der Notenbanken sorgt für steigende Kurse Ausblick Kapitalmärkte

Nachdem wir letztes Jahr den **Bitcoin** an dieser Stelle bei 800 Euro empfohlen hatten, ist dieser seit Anfang 2017 regelrecht explodiert und hat unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Wir hatten für 2017 ein Kursziel für den **Bitcoin** von 1.500 bis 2.000 Euro prognostiziert. Der Bitcoin steht aktuell bei über 12.000 Euro (Stand 29.12.2017).

Auch unsere mehrfach erhöhten Kursziele für 2018 sind bereits erreicht! Dennoch gehen wir davon aus, dass der Preis, mit Korrekturen, weiter ansteigen wird.

Wir taxieren das Ziel für den Bitcoin 2018 auf 20.000 bis 30.000 Euro. Soll man jetzt verkaufen? Handelt es sich um eine Blase? Wir sagen: Nein. Warum?

Es wird weiter nach oben gehen, da noch viel zu wenige Menschen in **Kryptowährungen** investiert haben und die Einstiegshürden zum Erwerb von Kryptowährungen für nicht technikaffine Menschen noch äußerst komplex sind. Das Potential ist enorm. Das große Geld der institutionellen Anleger wird erst noch in den **Kryptomarkt** fließen.

“Sollte man in Bitcoin und Co investieren? Wir sagen: Ja. Mit 1-5 Prozent spekulativ kann man hier oder hier einsteigen in Tranchen.“

2018 wird in jeglicher Hinsicht das Jahr der Dezentralisierung für die Politik weltweit, für die Finanzwelt und das Geldsystem.

Wir werden verstärkt Separationsbewegungen sehen und Parteien, die diese unterstützen, werden erstarken. Banken werden noch mehr unter dem Nullzins zu leiden haben und werden sich folglich mehr und mehr zurückziehen. Parallel dazu werden dezentrale Geldlösungen an Marktanteil gewinnen, weil an der Allmacht der Notenbanken immer mehr Zweifel aufkommen.

Kurze Frage an Sie: Wem vertrauen Sie mehr?

Vertrauen Sie:

Einer zentralen Stelle mit einem eingesetzten und nicht demokratisch gewählten Präsidenten, die unendlich viel Geld drucken kann (EZB), oder einem dezentralen Geldsystem, welches, auf einem mathematischen Algorithmus und somit auf einem Naturgesetz beruht?

Obendrein sind Bitcoins im Gegensatz zum Euro und allen sonstigen Währungen auf 21 Millionen Einheiten limitiert.

Auch 2018 wird es an den Kapitalmärkten vorerst, dank des billigen Geldes der EZB, weiter nach oben gehen. Unserer Ansicht nach sind viele Aktien bereits heiß gelaufen, dennoch werden sie dank der Notenbanken weiter steigen. Dennoch sollten wir nicht vergessen, dass wir bereits einen 8-jährigen Bullenmarkt hinter uns haben.

Die Menschen sind mehr denn je auf der Suche nach sicheren Häfen für ihr Portfolio.

“Deshalb gehen wir von einem starken Rohstoffjahr aus. Folglich werden sich die Geldmetalle Gold und Silber positiv entwickeln. Auch Minenaktien sind unserer Ansicht nach interessant und sollten sich überdurchschnittlich entwickeln.“

Aber auch Kryptowährungen wie **Bitcoin, Ethereum, Iota, Cardano, Lisk, Substratum, Monero, Verge** usw. werden 2018 weiter an Attraktivität gewinnen. Gründe hierfür gibt es genug: Das Vertrauen in die Märkte, in die Zentralbanken und das Geldsystem an sich schwindet kontinuierlich – und zwar auf globaler Ebene.

Das Geldsystem befindet sich im Endspiel. Bereiten Sie sich vor. Machen Sie es wie unsere Kunden in der Honorarberatung. Diversifizieren Sie ihr Vermögen auf verschiedene Standbeine, denn wer streut, rutscht nicht aus!

Das Zeitfenster wird nicht größer. Viel Erfolg und alles Gute für 2018 – vor allem Gesundheit!

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung der Epoch Times oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben

Quellen:

- [^I] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/einkommensverteilung-deutschland-ist-so-ungleich-wie-vor-jahren-1.3791457>
- [^{II}] <https://www.welt.de/wirtschaft/bilanz/article167984160/Der-reichste-Mann-Deutschlands-haelt-noch-einen-zweiten-Rekord.html>; <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/die-reichsten-deutschen-2017-18-neue-milliardaere-a-1171164.html>
- [^{III}] <https://www.stern.de/wirtschaft/geld/vermoegensschock-die-deutschen-sind-die-armen-wuerstchen-der-eu-7780210.html>
- [^{IV}] <http://www.vdpnord.de/presse/193-anzahl-der-privatschulen-weiter-gestiegen.html>
- [^V] <http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/sinn-thiele-und-gauweiler-im-interview-merkel-leidet-an-realitaetsverlust/20742312.html>
- [^{VI}] <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article171951614/Fluechtlinge-Wenn-die-Regeln-erodieren-erodiert-der-Staat.html>
- [^{VII}] https://www.bnd.bund.de/DE/Organisation/Leitung%20des%20Hauses/Reden_der_Leitung/Redete-xte/171113_Hanns-Seidel-Stiftung.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- [^{VIII}] https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article165675355/Sozialstaat-oder-Einwanderung.html
- [^{IX}] <https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik-deutschland/grenzkontrollen-ernten-kritik-schleswig-holstein>
- [^X] <https://www.welt.de/wirtschaft/article171184588/Der-Euro-bremst-sogar-Deutschland-aus.html>
- [^{XI}] <http://www.n-tv.de/politik/Macron-beschimpft-Reformgegner-article20027669.html>
- [^{XII}] <https://de.nachrichten.yahoo.com/bilanz-fur-2016-us-regierung-unter-obama-warf-uber-26-000-bomben-ab-105729463.html>
- [^{XIII}] <http://www.handelsblatt.com/politik/international/bundestag-haushaltsausschuss-billigt-griechenland-hilfe/19991824.html>
- [^{XIV}] <https://www.welt.de/wirtschaft/article165928235/Bankenrettung-kostet-Steuerzahler-bis-zu-17-Milliarden-Euro.html>; <https://www.nzz.ch/wirtschaft/veneto-banca-und-banca-popolare-die-vincenza-italienische-banken-nicht-allein-in-der-bredouille-ld.1302740>;
- [^{XV}] <http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/italien-kontroverse-um-rettung-von-veneto-banken/19998224.html>

Die beiden Ökonomen, Querdenker, Redner und Honorarberater Matthias Weik und Marc Friedrich schrieben 2012 gemeinsam den Bestseller „Der größte Raubzug der Geschichte – warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“. Es war das erfolgreichste Wirtschaftsbuch 2013. Im Jahr 2014 gelang ihnen mit „Der Crash ist die Lösung – Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten“ ein weiterer Bestseller. Das Buch wurde im Jahresranking ebenfalls zum erfolgreichsten seiner Gattung. 2016 ist ihr dritter Bestseller „Kapitalfehler – Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen“ erschienen. Im April 2017 ist ihr viertes Buch „Sonst knallt’s!: Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen“ das sie gemeinsam mit Götz Werner (Gründer des Unternehmens dm-drogerie markt) geschrieben haben, erschienen.